

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 56 Rpt. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. IV.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 115

Mittwoch, den 18. Mai 1938

90. Jahrgang

Nationalsozialistischer Wohnungsbau

Dr. Selbte sprach in Wien

Reichsarbeitsminister Franz Selbte sprach auf Einladung des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereins und der übrigen Spitzenverbände der Bauwirtschaft und des Wohnungswesens in Wien über die Siedlungs- und Wohnungspolitik der Reichsregierung und erläuterte in seiner Rede u. a.:

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens habe die Regierung Adolf Hitler ein besonders trauriges Erbe vorgefunden. Es galt zunächst im Jahre 1933, die Bauwirtschaft mit den Mitteln anzufurbeln, die den schnellsten Erfolg versprochen hätten. So sei damals eine Gebäudeinstandsetzungsaktion eingeleitet und neuer Wohnraum durch Wohnungssteigerung und Umbau leerstehender gewerblicher Räume in Wohnungen geschaffen worden. Allmählich sei daneben die Neubautätigkeit belebt und zielbewußt nach sozialen und siedlungspolitischen Grundfragen ausgerichtet worden. Jetzt habe die Parole geheißt, Arbeiterwohnstätten zu bauen.

Deshalb habe die Wohnungspolitik des Dritten Reiches die Kleinsiedlung in die vorderste Front gestellt. Nicht alle Familien seien jedoch für eine Siedlung geeignet. Deswegen würden im Reich in stets wachsender Zahl auch Volkswohnungen, d. h. billige aber dauerhafte Mietwohnungen errichtet, und zwar vorwiegend im Flachbau mit Gartenland. Dem Landarbeiterwohnungsbau lasse die Reichsregierung besondere Fürsorge angedeihen, da in den schlechten Wohnver-

hältnissen für die Landarbeiter eine der Hauptursachen der Landflucht liege.

Mit Befriedigung könne man feststellen, daß die Neubautätigkeit seit 1933 von Jahr zu Jahr gestiegen sei. Nicht weniger als rund 1,4 Millionen neuer Wohnungen sei seit der Machtübernahme geschaffen worden.

Der Minister hob hervor, daß es gelungen sei, den jährlichen Wohnungszugang erheblich über 300 000 zu halten. Sei dann der zweite Vierjahresplan erfüllt, so werde das deutsche Siedlungswesen in einem noch größeren Umfang als bisher durchgeführt werden, und zwar so lange, bis die letzte Elendswohnung verschunden sei.

Zum Schluß seines Vortrages streifte der Reichsarbeitsminister dann noch die besonderen Aufgaben, die aus der Heimkehr Oesterreichs ins Reich erwachsen seien. In Oesterreich seien im Verhältnis zum Altreich noch nicht halb so viel neue Wohnungen und Siedlungen geschaffen worden wie im Reich. Deshalb sei hier ein furchtbares Wohnungselend und eine große Wohnungsnot entstanden. Diese Zustände bedürften dringend der Abhilfe. Daher würden die im Reich durchgeführten Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot auch auf Oesterreich ausgedehnt werden. Zur Beseitigung der schlimmsten Elendswohnungen werde eine Sonderaktion in die Wege geleitet.

„Europa erwache!“

Filmfeierstunde in der Berliner Deutschlandhalle.

In den Tagen bis zum 20. Mai wird in der Berliner Deutschlandhalle von der Gaufilmstelle im Gaupropagandaamt der NSDAP, Gau Berlin, eine neue Filmfeierstunde veranstaltet, die den Namen trägt: „Europa erwache!“ Mit den einfachsten und gerade in ihrer Einfachheit eindrucksvollsten Mitteln ist es hier gelungen, ein geschichtliches Dokument zusammenzustellen, das seinen Eindruck auf die Tausende von Zuschauern nicht verfehlt. Im Wechsel von Tonfilm, Sprache und Musik erstelt die Vorgeschichte der deutsch-italienischen Freundschaft, und gerade der Rückblick auf die vergangenen Jahre beweist nachdrücklich, daß diese Gemeinschaft zwischen diesen beiden Völkern nicht ein künstliches Gebilde ist, sondern aus den politischen und natürlichen Gegebenheiten entstanden ist. Nach der musikalischen Einleitung hört man erst die drei Sprecher (Fribert Mog, Wolf Alva und Hellmuth Brasch). Der erste schildert die Zeit vor der Machtübernahme und die Gefahren, die den Bestand Europas bedrohten. Der zweite geißelt in ironischen Worten die Genfer Liga mit all ihren Schwächen und politischen Untragbarkeiten, während der dritte mit eindringlichem Ruf Europa auffordert, aus dem Schlaf zu erwachen.

Nun wechseln sich Film und Sprache ab. Wir erinnern uns an Hand des filmischen, unüberlegbaren Dokumentes, wie Mussolini schon 1932 die Gleichberechtigung Deutschlands forderte, wir sehen, welche zerstörenden Folgen die bolschewistische Hege in der Welt zeitigte. Aus dem Niedergang wird das deutsche Volk durch Adolf Hitler herausgeführt, dessen aufopfernden Kampf wir noch einmal in Ausschnitten aus seinen Wahren erleben. Höhepunkte der Feierstunde sind dann die Filmreportagen von den Ereignissen des letzten Jahres, die wir noch deutlich in der Erinnerung haben: Der Besuch Mussolinis in Berlin, die Befreiung Oesterreichs und schließlich der Staatsbesuch Hitlers in Italien. Willy Schüler ist der Gestalter dieser Filmfeierstunde, die bei allen Zuschauern tiefen Eindruck hinterließ und sicher auch später in der gleichen Form im Reich gezeigt werden wird.

H. D.

Kabinettsrat in Paris

Rüstungsanleihe abgeschlossen

Der Pariser Ministerrat beschloß angesichts des günstigen Ergebnisses der Rüstungsanleihe die sofortige Schließung der Zeichnungsliste. Außenminister Bonnet berichtete dann über die Genfer Tagung und die französisch-italienischen Besprechungen.

Im Anschluß an den Ministerrat verlautet, daß sich die Beratungen auch mit der Tschechoslowakei und den französisch-italienischen Verhandlungen befaßten. „In Anbetracht dessen, daß die Verhandlungen erst vor drei Wochen begonnen worden seien, hätten sie noch kein positives Ergebnis haben können.“ Zu gut unterrichteten Kreisen erklärte man, daß auch die Rede Mussolinis in Genua besprochen wurde, und daß der französische Geschäftsträger in Rom die „Ueberraschung“ zum Ausdruck bringen werde, „die die Rede des Duce in den französischen politischen Kreisen hervorgerufen habe“. Die französische Regierung werde ferner mit allen ihren Kräften das englische Kabinett unterstützen, das sich zur Zeit bemühe, ein Kompromiß zu finden, um das Rinderheitenproblem in der Tschechoslowakei aus dem internationalen Gebiet auszuschalten.

Die kalte Dusche von Genua

Klare Sprache der „Tribuna“ an die Adresse Frankreichs. Frankreichs ungewisse Haltung und die dunklen Mäner gewisser, auch verantwortlicher Kreise, die immer noch jeder Befriedung Europas entgegenarbeiten, beschäftigen nach wie vor die römische Presse, die erneut betont, wie begründet Italiens Vorsicht sei.

Die „Tribuna“ erklärt, daß, wenn sich französische Blätter dumm stellen wollten, indem sie behaupteten, daß Frankreich nicht den Sieg Barcelonas wünsche, dies geradezu unglücklich sei.

Nicht nur weite französische Kreise, sondern sogar verantwortliche Minister hätten an der Seite Sowjetrusslands von Anfang an gemäß Moskauer Befehlen eine Einmischungspolitik in Spanien betrieben. Diese Politik habe auch unter der neuen französischen Regierung keine wesentliche Aenderung erfahren. Paris

Schließlich verlautet noch, daß die geplanten Notverordnungen zur Anrufung der Erzeugung im Laufe eines neuen Ministerrates endgültig beschlossen werden sollen.

20 000 Farbige sollen ausgehoben werden

Zum Ministerrat und zur Beratung des Kolonialministers in den Ständigen Landesverteidigungsausschub schreibt der „Temps“, Kolonialminister Mandel habe bereits in Ergänzung der vom Ministerrat vorgesehenen allgemeinen Maßnahmen die Generalgouverneure von Indochina und von West- und Äquatorial-Afrika aufgefordert, in diesem Jahre zusätzliche Aushebungen unter den Eingeborenen vorzunehmen, und zwar in Indochina in Höhe von 20 000 Mann und in Afrika in Höhe von 50 000 Mann. Man nimmt in politischen Kreisen weiter an, daß ebenfalls Maßnahmen zur besseren Verteidigungsrüstung sowie zur Einrichtung schneller Verkehrsverbindungen innerhalb des französischen Kolonialreiches vorgesehen seien.

sei nach wie vor nach Moskau hin orientiert, und eine solche Haltung müßte ihre Auswirkungen auf die Besprechungen mit Italien haben.

Während nämlich die Franzosen die Tragweite der römischen Besprechungen aufzubauschen versuchten und alles rosig, alles einfach und bereit für eine neuerliche und bequeme Umarmung sehen wollten, sei von Genua die kalte Dusche gekommen, wo man die Lage eingehend geprüft und Frankreich vor die Notwendigkeit gestellt habe, gegenüber seinen wahren Absichten in bezug auf das fasischitalienische Italien und Europa Farbe zu bekennen.

Das Italien Mussolinis sei nicht für derartige Walzertouren; es bevorzuge, wenn es sich um die Zusammenarbeit in Europa handle, klare Positionen und habe auch den Mut, offen seine Meinung zu sagen. Ein Kompromiß sei in dieser Hinsicht unmöglich, denn Marxismus und europäische Ordnung schließen einander aus,

Staatssekretär Dr. Schlegelberger verunglückt

Ministerialrat Wille tödlich verletzt

Dienstagabend verunglückte ein Kraftwagen, in dem sich Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Franz Schlegelberger, und Ministerialrat im Preussischen Justizministerium, Dr. Gustav Wille, befanden, auf der Grayer Bundesstraße. Bei der Ortschaft Erlaa, wenige Kilometer vor Wien, überquerte ein Kraftwagensfahrer bei einer Straßenkreuzung mit übermäßiger Geschwindigkeit die Bundesstraße. Der Lenker des Kraftwagens versuchte auszuweichen, riß sein Fahrzeug herum und fuhr dabei an eine Brüstung. Hierbei wurde der Wagen schwer beschädigt. Ministerialrat Wille wurde mit Anzeichen eines Schädelgrundbruches, Staatssekretär Schlegelberger mit einem Schienbeinbruch und vermutlich inneren Verletzungen ins Franz-Joseph-Spital gebracht.

Um 20 Uhr ist Ministerialrat Wille dort seinen schweren Verletzungen erlegen.

